61. Jahrgang No. 198

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Dienstag, 29. April 1913

Was in Preußen möglich ist!

Das Bromberger System.

In der königlichen Regierung zu Bromberg, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, amtiert der Geheime Regierungs- und Schulrat Dr. Waschow. Seit Jahren haben die Lehrer unter seinem Regiment geseufzt, zuerst im geheimen. Dann kam im Abgeordnetenhause die Tatsache zur Sprache, daß die Bromberger Regierung, als einzige unter allen, solchen Lehrern, die sich um eine andere Stelle bewarben, die Erlaubnis zur Abhaltung der von den Prüfungsberechtigten geforderten Probelektion verweigerte. So wurden die jungen Lehrer namentlich gehindert, weiter zu kommen und an ihre Stelle gefesselt. Was aber der Abgeordnete Ernst (Fortschr. Vp.) in der 162. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 10. April d. J. über das „Bromberger System" zur Sprache brachte, übersteigt alles, was man in Preußen bisher zu hören gewohnt war. Man lese:

„Ich habe eine Menge Zuschriften bekommen, in der jüngere und ältere Lehrer in dem Aufsichtsbezirk des Geheimrats Dr. Waschow klagen, daß sie wie Sklaven behandelt werden, daß sie bei Revisionen vor den Schulkindern heruntergemacht und wegwerfend, sogar mit Hohn und Spott behandelt werden, daß der Revisor häufig ohne Gruß in die Klassen kommt und auch ohne Gruß davongeht, daß er die Lehrer, die persönliche Wünsche vorbringen, anfährt und sie mit Worten hinauswirft, daß es Ordnungsstrafen regnet. Die schroffe Behandlung, die sich anscheinend auch einige Kreisschulinspektoren angewöhnt haben, hat schließlich zu einer Katastrophe geführt. Im vorigen Herbst hat sich ein junger Lehrer Köppen, der die fortwährenden Schuriegeleien nicht mehr aushalten konnte, erschossen.

Im Minister ium ist der Fall bekannt. Es wird nun behauptet, er habe an Verfolgungswahn gelitten. Ein Arzt soll das bescheinigt haben. Ich möchte aber fragen, wenn das der Fall wäre, warum ist K. dann noch kurz vor seinem Tode wiederholt revidiert und heruntergemacht worden? Warum ist ihm abgetragen worden, eine Religionslektion in einer Konferenz zu halten? Warum ist er nach dieser Lektion vor versammeltem Publikum heruntergemacht worden? Wenn K. wahnsinnig gewesen wäre, dann wäre das Verhalten des Kreisschulinspektors erst recht nicht zu verstehen. Dann mußte er schon längst den Antrag stellen, den Lehrer zu beurlauben oder zu pensionieren. Weiter frage ich: Wann ist das Attest des Arztes ausgestellt worden? Vor dem Selbstmord? Dann müßte doch darauf Rücksicht genommen worden sein. Nachher? Dann hat es absolut keinen Wert mehr. Es bleibt also nichts übrig, als den Grund des Selbstmordes in der schlechten Behandlung zu suchen. Es gibt außerdem eine Reihe von Personen, die eidlich bekunden können, daß K. ein nüchterner, fleißiger und strebsamer junger Lehrer gewesen ist. Es kommt hinzu, daß sich wenige Wochen später in dem Aufsichtsbezirk des Schulrates Waschow noch ein zweiter Lehrer erschossen hat, von dem allerdings nicht feststeht, ob wegen schlechter Behandlung. Fest steht nur, daß er sich nach Wilmersdorf gemeldet hatte, und weil er keinen Urlaub zur Abhaltung der Probelektion bekam, in Verzweiflung geraten ist. Ein dritter Lehrer in demselben Bezirk ist bei Nacht und Nebel davongegangen. Ich bin vielfach gefragt worden, was gegen die schlechte Behandlung getan werden könne. Ich habe geantwortet, mit aller Kraft seine Schuldigkeit tun und sich nötigenfalls an den Minister zu wenden. Darauf ist mir geschrieben worden, eine Beschwerde nützt nichts. Ein Lehrer bekommt so schon selten Recht gegen seinen Vorgesetzten, aber im Bezirk Bromberg niemals."

Herr Schulrat Dr. Waschow waltet noch heute seines Amtes. Der Redakteur der „Posener Lehrerzeitung", Herr Lehrer G. Lange, Posen aber, der diese Zustände zuerst aufdeckte, wurde von der Regierung gezwungen, die Schriftleitung der Zeitung niederzulegen, „sonst würde sie ihm die Genehmigung amtlich entziehen." Was blieb ihm übrig, als dem Stärkeren zu weichen!

Der Kultusminister aber ruft den Lehrern von der Tribüne des Abgeordnetenhauses zu: „Es kommt so unendlich viel darauf an, daß die Lehrerschaft Vertrauen zu ihren Vorgesetzten hat, darauf lege ich den allergrößten Wert. Die Lehrer sollen versichert sein, daß ihre Interessen von den Vorgesetzten gewahrt werden, und wenn sie berechtigte Wünsche haben und ihren Vorgesetzten vortragen, dann sollen sie dort ein offenes Ohr finden." Schöne Worte!

Wieder ein Offizier als Urheber von Soldatenmißhandlungen! Der Leutnant de Maigière vom Infanterieregiment Nr. 92 in Braunschweig ließ eines Tages zwei Korporalschaften beim Exerzieren erst 10 Minuten, darauf noch annähernd 30 Minuten in der Liegebeuge stehen und Gewehrübungen machen. Einer der mißhandelten Soldaten trug von dieser Behandlung erhebliche gesundheitliche Nachteile davon. Das Kriegsgericht verhandelte den Fall hinter verschlossenen Türen (!!) und verurteilte den Leutnant lediglich zu zehn Tagen Stubenarrest! Dabei sollen die Offiziere Soldatenmißhandlungen pflichtgemäß verhindern!

Ferner wird uns gemeldet:

Wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener hatte das Kriegsgericht der 21. Division vor einiger Zeit den Vizefeldwebel Reitz von der 5. Kompagnie des in Hanau garnisonierenden Infanterieregiments Nr. 88 zu drei Wochen gelinden Arrests verurteilt, den Unteroffizier Bütehorn von der Anklage aber freigesprochen. Vizefeldwebel Reitz hatte durch den Unteroffizier Bütehorn die schlechten Schützen achtundvertmal Gewehr strecken lassen, und Musketier Schüßler aus Hanau, ein hysterisch veranlagter Mann, war infolge dieser Uebung an Veitstanz erkrankt. Das Oberkriegsgericht des 18. Armeekorps, das sich jetzt als Berufungsinstanz mit dieser Sache zu befassen hatte, erkannte gegen Reitz nur auf sechs Wochen, gegen Bütehorn gar nur auf acht Tage gelinden Arrests.

Oesterreich marschiert.

Wien, 29. April. (Privat-Telegramm.)

An maßgebender Stelle wird heute folgendes erklärt: „Da auf der gestrigen Botschafterkonferenz in London keine Einigung der Mächte in bezug auf die durch die Sachlage gebotene Beschleunigung der Maßnahmen gegen Montenegro erzielt worden ist, so ist für Oesterreich-Ungarn der Fall eingetreten, für welchen sich die Monarchie die Politik der freien Hand vorbehalten hat. Oesterreich wird infolgedessen die erforderlichen Maßnahmen gegen Montenegro selbst treffen. Es wird nun Ernst, und wenn man im Auslande glauben sollte, daß in Wien bloß in Bluffpolitik gemacht wird, so wird man sich sehr bald davon überzeugen, daß dem nicht so ist." Es findet in diesem Augenblick ein reger Meinungsaustausch zwischen Wien und Rom statt. Der Kriegsminister Feldzeugmeister Krobatin konferierte auch heute vormittag mit dem Grafen Berchtold. Als er das Auswärtige Amt verließ, rief er, wie versichert wird, freudig aus: „Endlich haben wir es erreicht!"

Die militärischen Vorbereitungen Montenegros.

Wien, 29. April. (Privat-Telegramm.)

Die „Reichspost" meldet aus Cattaro: König Nikolaus empfing am 27. dieses Monats um 7 Uhr den österreichischen Gesandten Freiherrn v. Giesl, der von Montenegro die bedingungslose Räumung Skutaris forderte. Giesl wollte darauf nach Cattaro abreisen, doch hielt ihn eine Einladung des Königs zurück, der ihn auf 10 Uhr vormittags in den Palast bat. Ueber diese Unterredung ist nur bekannt geworden, daß König Nikolaus erklärte, er werde Skutari nie herausgeben. Der russische Gesandte in Cetinje nimmt eine ähnliche Haltung ein wie der Gesandte v. Hartwig in Belgrad und ermutigt den Widerstand des Königs. Die militärischen Vorbereitungen Montenegros gegen Oesterreich werden fortgesetzt. Seit Sonntag sind Maschinengewehre auf dem Fort auf der Straße von Cattaro nach Cetinje in Stellung gebracht. Die Hohen oberhalb Cattaros sind von zahlreichen neuangekommenen montenegrinischen Truppen besetzt. Essad Pascha soll König Nikolaus schon vor der Uebergabe Skutaris angekündigt haben, daß er als Fürst von Albanien den Anschluß an den Balkanbund wünsche und betreiben werde."

Die albanische Regierung geflüchtet.

Prag, 29. April. (Privat.)

Dem „Narodni Listry" wird aus Belgrad gemeldet: Hier wird erklärt, der provisorische Kriegsminister Issa Boljetinaz und Ismail Kemal Bei, das Haupt der provisorischen Regierung, seien aus Albanien aus Furcht vor Dschawid Pascha geflohen, der alle Offiziere, die zu ihrem Anhang gehören, hängen ließ. Wenn sich Dschawid Pascha mit Essad Pascha verbünden sollte, würden sie mehr als 40 000 Mann gut ausgerüsteter Soldaten haben. Der in Belgrad weilende montenegrinische Finanzminister ermächtigte den Korrespondenten des Blattes zu folgender Erklärung: „Ich weiß bisher nicht bestimmt, ob die Nachricht wahr ist, daß Essad Pascha sich zum Fürsten von Albanien proklamieren ließ, aber das eine kann ich bestimmt behaupten, daß zwischen ihm und Montenegro in dieser Hinsicht kein Uebereinkommen bei der Uebergabe von Skutari (?) erfolgt ist. Das Uebereinkommen betrifft nur die Bedingungen der Uebergabe. Wenn aber Oesterreich-Ungarn Essad Pascha gegenüber gegnerisch gesinnt wäre, würde es in seinem Bestreben, die Autonomie Albaniens zu schaffen, in eine peinliche Situation kommen, da es dann gegen Albanien kämpfen müßte."

Ein Gefühl der Gereiztheit.

(Telegraphische Berichte.)

London, 29. April.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, war die gestrige Konferenz der Botschaftervereinigung die längste, die bisher stattgefunden hat. Sie dauerte von 3½ Uhr bis 6¾ Uhr. Der Sitzung, bei der Staatssekretär Grey den Vorsitz führte, waren Besprechungen des österreichisch-ungarischen und des russischen Botschafters mit Grey vorausgegangen. Es ist ein beruhigendes Moment in der jetzigen Lage, daß für Donnerstag nachmittag eine weitere Konferenz angesetzt ist und daß, um einen Ausdruck von amtlicher Seite zu brauchen, „selbst jetzt kein Grund zum Pessimismus vorhanden ist." In Ermangelung einer bestimmten Information über die Entscheidungen der Konferenz, falls überhaupt entscheidende Beschlüsse gefaßt wurden, lassen Andeutungen aus gut informierten Kreisen die Annahme berechtigt erscheinen, daß es, nachdem sich die Botschafter mit ihren Regierungen ins Einvernehmen gesetzt haben, bis zur nächsten Sitzung ermöglicht werden könnte, Oesterreich-Ungarn die von ihm gewünschten Mitteilungen über das zu machen, was die Mächte zunächst zu tun bereit sind. Man hat den Eindruck, daß der letzte Schritt Essad Paschas

die Lage ernstlich verwickelt,

aber doch gehen über die möglichen Folgen dieses Schrittes die Ansichten so sehr auseinander, daß es unmöglich ist, im allgemeinen zu sagen, wie er angesehen wird. Ueber einen Punkt herrscht völliges Einverständnis, daß dieser Schritt nämlich das Ergebnis eines Uebereinkommens mit Montenegro war, ein Ausgang, der in diplomatischen Kreisen nicht allzu große Verwunderung erregte. In diesen Kreisen hatte man von Anfang an vermutet, daß hinter dem Einzug der Montenegriner in Skutari weit mehr stecke, als bekannt gegeben wurde. In gut informierten österreichischen Kreisen wird hier kein Hehl daraus gemacht, daß das Widerstreben der Botschafter, weiteren Schritten gegen Montenegro zuzustimmen, ein Gefühl der Gereiztheit verursacht hat. Vor der Sitzung der Botschafter wurde gedutzert, Oesterreich-Ungarn würde heute noch einmal fragen, welches die Entscheidung der Mächte sei. Wie erklärt wurde, teilt Oesterreich-Ungarn nicht die Ansicht anderer Mächte, daß durch Hinauszögern etwas zu gewinnen sei. Es ist im Gegenteil der Meinung, daß ein Aufschub irgend welcher Schritte, für den sich Europa angesichts der Herausforderung Montenegros entschließt, **die Lage nicht nur für Europa selbst, sondern auch für König Nikolaus noch schwieriger gestaltet.** Oesterreich-Ungarn kann daher **einer Hinauszögerung auf unbestimmte Zeit nicht zustimmen.** Durch seine benachbarte Lage ist es unmittelbar interessiert, und obwohl es angesichts seiner Beziehungen zu Montenegro nicht zum Aeußersten zu gehen wünscht, ist es doch klar, daß etwas von bestimmter Art geschehen muß. Einfache Flottendemonstrationen haben sich als nutzlos erwiesen, und Montenegro wird, falls es Skutari nicht räumen will, dazu gezwungen werden müssen. Es wird indessen nicht angenommen, daß dies mit Waffengewalt geschehen müsse, doch würde jede militärische Aktion, die notwendig werden sollte, von solcher Art sein müssen, daß der Erfolg gesichert sein wird. Dies wäre in Kürze der österreichisch-ungarische Standpunkt, wie er heute nachmittag dargelegt wurde.

Was Rußland betrifft,

so wird erklärt, daß es notwendig sei, darauf zu sehen, daß die Entscheidungen Europas anerkannt würden, und es wird wiederholt, daß Rußland noch immer die Stellung beibehalte, die es gemeinsam mit den anderen Mächten eingenommen habe, daß aber ernste Schwierigkeiten entstehen würden, wenn Oesterreich allein vorgehen sollte. Die Nachricht, daß Erbprinz Danilo Skutari mit der Armee verlassen habe, wurde den Botschaftern kurz vor Beginn der Sitzung durch das Reutersche Bureau übermittelt. Zuerst wurde angenommen, diese Meldung könne bedeuten, daß König Nikolaus endlich doch im Begriffe sei, sich den Ansichten der Mächte anzuschließen, später aber war der allgemeine Eindruck der, daß die montenegrinischen Truppen entweder nach Cetinje oder Antivari gingen, um einem etwaigen Vorrücken zu begegnen oder, was für wahrscheinlicher gehalten wurde, um den Tarabosch und die Gegend von Boyana zu besetzen, die die Montenegriner letzthin als Entschädigung für den Verlust Skutaris gefordert haben.

Der Eindruck in Wien.

Wien, 29. April.

Die Blätter sind durch die Nachrichten von der Vertagung der Botschaftervereinigung auf Donnerstag sehr überrascht. Im übrigen wird bemerkt, daß die bisher vorliegenden Meldungen aus London noch kein klares Bild von dem Verlauf der Sitzung geben. Die „Reichspost" schreibt: Die nächsten Tage werden eine entscheidende Wendung in der Skutarifrage bringen müssen. Mit großer Befriedigung wird in Wien darauf hingewiesen, daß das diplomatische Vorgehen Oesterreich-Ungarns namentlich durch seinen deutschen Bundesgenossen eine warme und energische Unterstützung erfährt, ein Beweis von Solidarität, der gewiß in der ganzen Welt großen Eindruck hervorrufen wird.

Bedenkliche Nachrichten aus Albanien.

Rom, 28. April.

Die „Tribuna" schreibt: In diesem Augenblick sind alle Augen auf Skutari gerichtet, und man fragt sich, ob, während die Botschaftervereinigung in London berät, Montenegro so viel gesunden Sinn bewahren wird, daß es sich Rechenschaft gibt von der außerordentlichen Schwierigkeit des Augenblicks, und ob es den Gesandten der Mächte nicht so antwortet, daß es die ganze Aktion der Botschaftervereinigung in Frage stellt. Eine ablehnende Antwort würde einer offenen Herausforderung gleichkommen, nach der Oesterreich-Ungarn sich für berechtigt halten würde, zu handeln. Die Lage ist also sehr ernst. Aber unabhängig von der Skutarifrage besteht **in Albanien eine innere Frage.** Die „Tribuna" fragt, ob die provisorische Regierung in Valona mit genügendem Ansehen arbeite, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, und ob ihre Autorität sich auch auf das Innere und bis nach Durazzo erstrecke gerade jetzt, wo ein Fürst sich zum Souverän erklärt habe. Sicherlich ist Durazzo nach dem Abmarsch der serbischen Truppen tatsächlich ohne Regierung. **Aus dem Innern kommen sehr bedenkliche Nachrichten.** Die Konsuln sollen die Mächte benachrichtigt haben, daß **eine Anarchie vorauszusehen sei,** und ihnen geraten haben, einige Vorsichtsmaßregeln zu treffen, die sich zunächst auf die Entsendung von Kriegsschiffen in die wichtigsten Häfen und eventuell auf die Ausschiffung von Matrosen zum Schutze der Konsulate beschränken würden. Immerhin ist bis jetzt noch nichts entschieden.

Die Friedensvorbereitung.

Konstantinopel, 28. April.

Ein Mitglied der türkischen Friedensabordnung erklärte dem Vertreter des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus, daß man, so lange die Note der Mächte der Pforte nicht überreicht sei, nicht einmal wisse, ob es nötig sein werde, Friedensabgeordnete nach London zu senden, da die Friedenspräliminarien anscheinend nur Punkte von untergeordneter

Bedeutung enthalten würden, während die Hauptfragen den Verhandlungen der Mächte oder der Finanzkonferenz in Paris vorbehalten seien. — Die türkischen Abgeordneten zur Finanzkonferenz werden morgen nach Paris abreisen. — Der Großwesir besuchte heute vormittag den Botschafter Markgrafen Pallavicini.

Die Wehrvorlage in der Budgetkommission.

Neue Erklärungen des Staatssekretärs v. Jagow.

In der heutigen Sitzung der Budgetkommission erklärte ein Vertreter der Sozialdemokratie, es mögen die in den Resolutionen niedergelegten Wünsche in das Gesetz eingearbeitet werden. Die Sozialdemokratie wisse sehr wohl, daß unter einem unglücklichen Krieg besonders die Arbeiter zu leiden haben; man wisse nicht, ob die, die arbeitslos zu Hause bleiben müssen, nicht ebenso zu leiden haben wie die Ausrückenden. Die Sozialdemokratie sei deshalb für die höchste Wehrhaftmachung des Volkes.

In der Kommission erschien nunmehr

der Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow.

Es wurde zunächst über die Neutralität Belgiens verhandelt und die Besorgnis ausgesprochen, daß bei der Stimmung in Belgien dort die Befürchtung herrsche, daß Deutschland im Fall eines Krieges die Neutralität nicht wahre. Man sei nun überzeugt, daß Deutschland die Neutralität wahren werde, es sei aber wünschenswert, daß die Regierung dies auch öffentlich erklärt. Der Staatssekretär erwiderte, die Regierung stehe auf dem Boden der Neutralitätsverträge und werde diese halten. Die Vertreter der Sozialdemokratie fragen an, ob nicht eine bessere österreichische Politik besonders hinsichtlich des Verhältnisses zu den in Oesterreich lebenden Serben und Kroaten zu erwarten sei. Weiter fragen sie, wie sich der Vertreter des Auswärtigen Amtes zu der Berner Konferenz stelle. Der Staatssekretär erklärt darauf, man müsse auf die Stimmung in Frankreich Rücksicht nehmen. Die deutsche Stimmung ist durchaus friedlich, ebenso diejenige in Oesterreich. Die Berner Konferenz könne nur angenehm sein. Ein Vertreter der nationalliberalen Partei verspricht sich nicht viel von der Berner Konferenz. Wenn etwa die Konferenz gegen die jetzige Wehrvorlage gerichtet sei, so könne er, da er für die Wehrvorlage eintrete, nicht nach Bern reisen. Ein Redner der Sozialdemokratie betonte die Wichtigkeit der Berner Konferenz, der

ersten Verständigungsaktion zwischen Deutschland und Frankreich.

Er fragte nach dem neuesten Stand der Botschafterkonferenz und der Lage auf dem Balkan. Der Staatssekretär erwiderte, es sei unrichtig, daß wir die Südslaven von Oesterreich abhalten wollen; es sei nur darauf aufmerksam gemacht worden, daß Oesterreichs Streitkräfte im Südosten jetzt stärker festgehalten werden als bisher. Ueber die Botschafterkonferenz könne er nichts Neues sagen, Skutari stehe wohl nicht im Zusammenhang mit der Wehrvorlage.

Der Kriegsminister gab vertrauliche Mitteilungen über auswärtige Kriegsrüstungen. Deutschland sei friedfertig, aber der Glaube an die Friedfertigkeit Deutschlands könne nicht erzwungen werden. Ein Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei unterstrich die Erklärungen des Kriegsministers und des Vertreters des Auswärtigen Amtes über die Wahrung der Neutralität Belgiens durch Deutschland im Falle eines Krieges. Bedauerlich sei die geringe Vertretung Deutschlands bei der Eröffnung der Genter Ausstellung im Verhältnis zu der starken französischen gewesen. Die Berner Konferenz sei zu begrüßen als Verständigungsaktion für die Zukunft, die Stellung der Teilnehmer zu den gegenwärtigen Rüstungen Deutschlands und Frankreichs dürfe aber nicht erörtert werden. Vertreter der Sozialdemokratie bestätigten diese Auffassung. Einer der Redner gab dem Staatssekretär zu, daß

zwischen Skutari und der Wehrvorlage

zu unmittelbarer Zusammenhang nicht bestehe, umsomehr aber ein mittelbarer. Es wäre dankenswert, wenn bei der gegenwärtigen gespannten politischen Lage vertrauliche Mitteilungen der Kommission gegeben werden könnten. Wenn der Kriegsminister davon redet, daß der Glaube an die Friedfertigkeit Deutschlands nicht erzwungen werden könne, so sei zuzugeben, daß die Regierung alles tue, um diesen Glauben zu stärken. Es wäre aber dankenswert, wenn der Kriegsminister seinen Einfluß in diesem Sinne auch auf die pensionierten politisierenden Generale geltend machen könnte.

Kriegsminister v. Heeringen wies darauf hin, daß dies ihm schwer möglich und sein etwaiger Einfluß auch gering sei. Ein weiterer Redner der Fortschrittlichen Volkspartei wies dagegen darauf hin, daß pensionierte Offiziere, die die Politik der Linken vertreten, sehr oft von der Armee Schwierigkeiten bekommen. Er bedauert, daß für die Verhandlungen der Berner Konferenz keine klaren Unterlagen vorliegen, so daß die Befürchtung der Entstehung von Mißverständnissen gegeben sei.

Nach Abschluß der Debatte über die auswärtige Politik schlug der Vorsitzende für den weiteren Verlauf der Beratungen folgende Reihenfolge vor: 1. sämtliche Kaderverstärkungen, 2. die neuen Formationen, 3. das Gesetz, 4. die neuen Kommandobehörden, 5. Sonstiges. Die Kommission ist mit diesem Vorschlag einverstanden. Der Berichterstatter begründet darauf

die Veränderung der Etatsstärken

bei den bestehenden Formationen. Die bisherige Dreiteilung in „hohen Etat" 564 Mann, mittleren Etat 502 Mann und niedrigen Etat mit 482 Mann soll aufgegeben werden und in Zukunft nur ein hoher Etat mit 721 Mann und ein niedriger Etat mit 641 Mann die Grundlage für die Formationen der Bataillone bilden. Der Berichterstatter bedauert, daß diese neuen Formationen durch das bisherige Personal nicht genügend ausgebildet werden können. An den Grenzen sollen im Westen alle Regimenter den hohen Etat bekommen, ebenso im Osten, das I. und 17. Armeekorps, während in den anderen dort gelegenen Korps eine gewisse Anzahl Regimenter mit hohem Etat ausgestattet werden soll. Eine Reihe Armeekorps soll ganz auf niederen Etat gestellt werden. Der Korreferent ist für den hohen Etat an der Grenze und begründet dies mit der Stärke Frankreichs und Rußlands an der Grenze.

Für die Frage der

Beschaffung des Etats

seien die Tabellen von großem Wert. Der Gesundheitszustand der Armee sei vortrefflich. An der Hand dieser Tabellen spreche er den Wunsch aus, der Kriegsminister möge an die Musterungsbehörden die Weisung ergehen lassen, nur vollkommen Taugliche auszuheben. Der Kriegsminister glaubt die Ausbildung des einzelnen Mannes im Frieden auch bei dem hohen Etat, der eine Kombagnie mit 180 Mann und 20 Unteroffizieren vorsieht, garantieren zu können. Ein Vertreter der Sozialdemokratie fürchtet, daß das Bestreben besonders bei dem Wehrverein hervortreten werde, die Bataillone mit niederem Etat auf den hohen Etat zu bringen. Bei dieser großen Vermehrung, die durch die politische Lage nicht geboten sei, wäre es richtig gewesen, um die volle Ausnutzung der Wehrkraft des Volkes, die die Sozialdemokratie anstrebe, zu erreichen, zum Miliziystem überzugehen. Auch sei zu brachten, daß der jetzige Bestand der Marine 72000 Mann betrage, der in den nächsten Jahren sich auf 100000 Mann vermehren würde. Weder der Reichskanzler, noch der Kriegsminister habe die Frage erörtert, welche Folgen diese gesteigerte Entziehung der Mannschaften für das wirtschaftliche Leben des Volkes mit sich bringen werde. Auch die Beschaffung des Truppenersatzes sei nicht leicht zu nehmen; in Gegenden, wo die Heimarbeit zu Hause sei, wie zum Beispiel im sächsischen Erzgebirge, sei die Militärtauglichkeit durch jahrhundertelange Unterernährung vermindert. Die zweimalige Herabsetzung des Körpermaßes sei nicht unbedenklich.

Um 1 Uhr trat eine einstündige Mittagspause ein.

Ein neuer Sprengstoff.

Stärker als Dynamit.

(Telegraphischer Bericht.)

Paris, 29. April.

Professor d'Arsonval teilte in einem Vortrage über flüssige Gase mit, daß es ihm gelungen sei, einen neuen Sprengstoff herzustellen, indem er Ruß mit flüssigem Gas durchtränkte. Die Sprengkraft dieses Stoffes, mit dem jüngst in einem Steinbruch Versuche vorgenommen wurden, übertreffe die des Dynamits um das Zehnfache.

Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien. Ein Telegramm aus Beuthen meldet uns: Nach endgültiger Feststellung fehlten in der gestrigen Frühschicht 39 117 Mann und in der Abendschicht 19 484 Mann, zusammen 58 601 Mann. Nach vorläufiger Feststellung fuhren heute zur Frühschicht 38 400 Mann nicht an.

Kurze Chronik.

• Die Londoner Botschafterkonferenz ist auf Donnerstag und nicht, wie das Wolffsche Telegraphenbureau irrtümlich berichtete, auf heute vertagt worden.

Der amerikanische Staatssekretär Bryan erklärte der kalifornischen Legislatur, die Bundesregierung ersuche sie, die Gesetzgebung über den Landbesitz bis zur nächsten Session ruhen zu lassen.

• Die Lissabonner Polizei hat die Kasse des Syndikalistischen Verbandes von Lissabon geschlossen. Der Zweck der Aufstandsbewegung ist immer noch unbekannt. Die Blätter stellen sie einfach als eine Torheit hin.

• Näheres im Text des Blattes.

Der Fall Anton v. Werner im Herrenhause.

32. Sitzung vom 29. April.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Die Einzelberatung wird beim Kultusetat fortgesetzt.

Auf Befragen des Berichterstatters Professors Dr. Hillebrandt erklärt

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Ich bin gern bereit, auf die seit voriger Woche so heftige erörterte Ausstellungsangelegenheit nähere Auskunft zu geben. Neben anderen in Aussicht genommenen Maßnahmen wandte sich die Ausstellungskommission auch an einige Künstler, darunter an Anton v. Werner mit dem Ersuchen, sich durch Ausstellung ihrer Werke an dem Unternehmen zu beteiligen. Herr v. Werner entsprach diesem Verlangen dadurch, daß er eine Liste einer Reihe von seinen Werken vorlegte und die Auswahl aus ihnen dem freien Ermessen anheimstellte. Er fügte aber hinzu, daß es ratsam sein würde, dazu die Zustimmung der maßgebenden Stelle einzuholen, damit geprüft werde, ob der Ausstellung seiner Schlachtenbilder aus dem deutsch-französischen Kriege

politische Bedenken

entgegenstehen. Die Ausstellungskommission legte mir die Pläne zur Ausstellung vor und kam dabei auch dem Wunsche des Herrn v. Werner nach. Ich muß gestehen, daß ich von selbst nicht auf den Gedanken gekommen wäre, daß bei einer solchen Gelegenheit die politische Frage aufgeworfen werden könne, da es sich doch um eine Kunstausstellung nicht etwa in Paris, sondern in Berlin handelt, und daß derjenige, der diese Frage aufgeworfen hat, bei solcher Gelegenheit doch vielleicht nicht in erster Linie befugt sein würde, sich zu entrüsten, wenn die begehrte Antwort in bejahendem Sinne ausgefallen wäre. Das ist nicht geschehen, und die entgegengesetzte Annahme beruht auf reiner Kombination. Ich war der Meinung, daß hierbei von politischen Bedenken gar keine Rede sein könne, und habe deshalb die Angelegenheit dem auswärtigen Amt nicht vorgelegt. Allerdings muß ich der Vollständigkeit wegen hinzufügen, daß bei einem Gespräch eines Herrn aus meinem Ministerium mit einem Herrn des Auswärtigen Amtes der Umstand berührt wurde, daß Anton v. Werner diese Frage aufgeworfen habe. Aber auch der Herr aus dem Auswärtigen Amt war meiner Auffassung, so daß ich um so weniger Anlaß hatte, mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung zu treten.

Das Auswärtige Amt

ist denn auch mit der Angelegenheit nicht befaßt gewesen. Wie erwähnt, hatte der Künstler eine Liste von seinen Werken übersandt; auf dieser Liste standen 23 Bilder und beim 24. Bild war darauf hingewiesen, daß es eventuell noch in Betracht kommen könnte. Welche Bilder von der Liste zurückgestellt worden sind, ist bereits in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" mitgeteilt worden. Die Liste der für die Ausstellung ausgewählten Bilder bringt gewiß mit zwingender Notwendigkeit den Beweis, daß politische Rücksichten bei der Auswahl der Bilder nicht maßgebend waren. Uebrigens hätten auch die beiden ausgeschiedenen Bilder auf der Liste bleiben können, wenn bekannt gewesen wäre, daß der Künstler auf diese Bilder besonderen Wert legt. Daß eins von den Dioramen zurückgestellt wurde, erklärt sich lediglich aus Raumrücksichten. Ich habe jedenfalls meine Entschließung der Ausstellungskommission mitgeteilt und mußte erwarten, daß sie das Weitere in die Wege leite, denn nur mit ihr hatte ich es zu tun. Das ist bereits am 2. Dezember vorigen Jahres geschehen. Als ich dann im Januar erfuhr, daß Herr v. Werner seinen Entschluß geändert habe und für an der Ausstellung nicht mehr beteiligen wolle, bedauerte ich das, denn es schien mir erwünscht, daß bei einer solchen Ausstellung die Wernerschen Bilder nicht fehlten. Ich entfandte deshalb einen Herrn aus meinem Ministerium zu dem Künstler mit dem Auftrage, die Angelegenheit mit ihm zu besprechen und ihm die Bitte zu unterbreiten, sich doch an der Ausstellung zu beteiligen; dies allein war der Zweck des Besuches meines Vertreters. Die Entscheidung war ja bereits am 2. Dezember gefallen, und so konnte ich sie doch nicht erst am 10. Januar mitteilen. Bei der Unterredung zeigte sich der Künstler

meinem Wunsche gänzlich abgeneigt.

Er sagte, er sei krank, könne sich um die Ausstellung selbst nicht kümmern und wolle die Ausstellung seiner Bilder einem anderen nicht überlassen; vor allem könne er nicht ausreichenden Raum im Ausstellungsgebäude erhalten, um seine Bilder in wirkungsvoller Weise zur Ausstellung zu bringen. Ich habe von der Angelegenheit erst wieder gehört, als in voriger Woche die Auseinandersetzungen in der Presse kamen. Die „Norddeutsche Allgemeine" hatte eine Berichtigung gebracht und die ausgewählten Bilder genau bezeichnet. Damit war der schlagende Beweis geliefert, daß politische Rücksichten bei dieser Frage nicht bestimmend gewesen sind. So liegt die Sache. Ich hoffe, es ist mir gelungen, sie völlig klarzustellen und die Irreführung, die in der Oeffentlichkeit entstanden war, zu beseitigen und damit auch die empfindlichen Vorwürfe zurückzuweisen, die gegen die Staatsregierung — unbegründeterweise — erhoben worden waren. (Beifall.)

(Schluß des Blattes.)

Feuilleton

Die Festvorstellungen der königlichen Schauspiele zu Berlin zum Regierungsjubiläum des Kaisers werden zwölf Abende vom 2. bis 13. Juni umfassen. Sie bringen im königl. Opernhaus: am 3. Juni Glucks „Orpheus und Eurydice"; am 4. Mozarts „Zauberflöte"; am 5. „Fidelio" von Beethoven; am 6. „Die Hugenotten" von Meyerbeer; am 7. „Der Rosenkavalier" von Richard Strauß und endlich am 9., 10., 12. und 13. Juni den neu einstudierten „Ring des Nibelungen" von Richard Wagner. Diese Aufführungen werden zugleich die Wagnerfeier des Opernhauses zum 100. Geburtstag des Meisters (22. Mai) darstellen. — Parallel zu den Aufführungen im Opernhaus werden im Schauspielhaus am 2., 5., 8. und 11. Juni Festvorstellungen der „Ariadne auf Naxos" von Richard Strauß stattfinden.

Im Theater am Kollendorfplatz ist ein neuer Wechsel in der Leitung eingetreten. Franz Zabrel, der als Stellvertreter Charles bisher die Geschäfte führte, ist ausgeschieden. Jetzt leitet ein Vertreter des „Freimaklenverlages" das Theater. Am 1. Juni beginnt ein Sommergastspiel unter der Leitung von Arthur Rebdach, der eine Burleske zur Darstellung bringen wird.

Theaterchronik. Oberregisseur Paly Arnheim vom Theater Groß-Berlin ist für die Sommerspielzeit an das Friedrich-Wilhelmstädtische Schauspielhaus engagiert worden, wo er die Jarno-Czonkowskische Operette „Das Farmermädchen" inszenieren wird.

Das Theater Groß-Berlin schließt mit dem 30. April programmmäßig seine Saison und hat, nach nur sechsmonatigem Bestehen aufgehört zu existieren. Ganz kurz nach der Eröffnung, Anfang Januar, geriet das Unternehmen in Konkurs und Ludwig Klopfer wurde von der Konkursverwaltung als Direktor berufen, um die Saison zu Ende zu führen. Kurz vorher war noch Direktor Palfi zu einem Gastspiel mit dem Ensemble des „Fürstenkind" eingeladen worden, und der Horizont versinkterte sich nochmals für die Mitglieder, als Palfi am 4. Februar die Konzession niederlegte. Zu vorgerückter Stunde gelang es, einen Schlager „Farmermädchen" von Jarno und Czonkowski zu finden, das vom 22. März an den Spielplan beherrschte. Bis zum heutigen Tage sind sämtliche laufenden Ausgaben und alle Gageforderungen voll befriedigt worden. Die vom 1. Januar bis 30. April gezahlten Gagen allein betrugen über 140 000 Mark. Da das Gebäude der T. G. B. am 15. April an eine Kinogesellschaft vermietet wurde, unternahm das „Farmermädchen" einen kurzen Ausflug in die Kurfürstenoper. Vom 1. Mai ab wird es im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus seßhaft.

Eine nachahmenswerte Wagnerehrung wird in Magdeburg vorbereitet. Direktor Heinrich Hagin, der in diesem Sommer auch wieder die Berliner Kroll-Oper leiten wird, ladet zum 30. April zu einer Wagnergedenkfeier ins Magdeburger Stadttheater ein. Zur Aufführung werden „Die Meistersinger" gelangen. Jeder Zwang ist verpönt, sogar der, sich eine Eintrittskarte zu lösen. Die Einladung von Direktor Hagin richtet sich direkt an die minderbemittelten Kreise, und niemand, der kommen will, wird ausgeschlossen. Das Publikum dieser Vorstellung zu Ehren des Andenkens von Wagner wird in jeder Hinsicht Gast des großen Meisters sein.

Harry Walden am Burgtheater. Ein Telegramm aus Wien meldet uns: Die Verhandlungen Harry Waldens mit dem Burgtheater haben zu einem Abschluß geführt. Walden tritt in den Verband des Burgtheaters ein; er wird aber vorher noch Anfang Juni ein Gastspiel absolvieren, das sechs Rollen umfaßt, von denen vorläufig gewählt sind: „Clavigo", Leon in „Weh dem der lügt", Lord Goring in Wildes Bunbury „Ein idealer Gatte" und Konrad Holz in den „Journalisten". Walden wird einen Teil vom Rollenfach Kainz' übernehmen und ist hauptsächlich als Nachfolger Kraußs gedacht.

Die Direktion des Deutschen Volkstheaters steht mit Ida Wüst vom Lessingtheater in Engagementsverhandlungen. Sie soll im Herbst in den Verband des Volkstheaters treten.

Kleine Mitteilungen. Das Lessingmuseum bleibt wegen Umräumungsarbeiten während dieser Woche geschlossen. Die Eröffnung in den neuen Räumen des ersten Stockwerks findet für das Publikum am Sonntag, den 4. Mai statt. Zu den vorhergehenden Einweihungsfeierlichkeiten werden Einladungen versandt.

Preisausschreiben der Berliner Akademie. Die Berliner Akademie der Künste schreibt jetzt für den Preis der ersten Michael Beerschen Stiftung für dieses Jahr den Wettbewerb für Bildhauer jüdischer Religion aus. Als Preisaufgabe ist ein Kinderfries gestellt, der anderthalb zu einem halben Meter Größe haben soll. Mit diesem Werk sind gleichzeitig andere Arbeiten der Konkurrenten einzureichen. Studien nach der Natur und Kompositionsskizzen eigener Erfindung zur Beurteilung des Studienganges, höchstens zehn an der Zahl. Die Frist läuft bis zum 15. Oktober. Die Bewerber müssen ein Alter von 22 bis 32 Jahren und ihre Studien auf einer deutschen Akademie gemacht haben. Der Preis beträgt 2250 Mark, die zu einer einjährigen Studienreise nach Italien bestimmt sind.

Die Fahrt der Bennett-Ballons.

Hans Berliner als Sieger in Norwegen gelandet.

Von den sieben Konkurrenten um die Vertretung der deutschen Farben beim diesjährigen Bennettfliegen der Lüfte, das im Herbst von Paris aus stattfindet, liegen bereits die Landungsmeldungen vor. Der Ballon „Chemnitz", den Oberpostsekretär Schubert führte, konnte nicht durch die erste Nacht gebracht werden und mußte morgens 2 Uhr bereits bei Neu-Buckow landen. Die übrigen sechs gingen ausnahmslos frühmorgens auf die Ostsee und passierten in den Mittagsstunden die Inseln Fünen und Odensee. Von ihnen scheint der „Prinz Adolf" unter Führung von Andernach am weitesten nördlich gekommen zu sein und sah sich in der Nähe von Rölstide vor der Aufgabe, von dort direkt nordwärts zu gehen. Dazu scheint der Ballast nicht gereicht zu haben, denn die Entfernung bis zur schwedischen oder norwegischen Küste betrug immerhin noch reichlich dreihundert Kilometer. Andernach entschloß sich zur Landung bei Hvalsö. Von den weiteren Teilnehmern wurden „Gladbeck", „Braunschweig" und „Hannoverschi-Minden", der Kopfer gesichtet. „Otto Lilienthal" unter Führung Dr. Bröckelmanns war noch erheblich westlicher abgetrieben, denn er wurde morgens über Odensee gesichtet und mußte bereits nachmittags 4 Uhr 55 Minuten bei Silkeborg in Mitteljütland niedergehen. Die von ihm zurückgelegte Distanz erreicht kaum 600 Kilometer. Die nächsten Landungsmeldungen trafen aus Nordjütland ein, wo zwischen Skagen und der Jammerbucht „Hannover-Minden", Führer Freiherr v. Pohl-Hamburg, „Braunschweig", Führer Erich Leimtugel vom Niederrheinischen Verein, und „Gladbeck", Führer Otto Kaulen vom demselben Verein an der Nordseeküste landeten. Die von ihnen zurückgelegten Entfernungen schwanken zwischen 700 und 730 Kilometer, doch scheinen von ihnen „Gladbeck" und „Braunschweig" mit dem Erreichen des Kap Hirtshals am weitesten gekommen sein. Ueber den Ballon „Niederschlesien", den der passionierte junge Berliner Luftschiffer Hans Berliner führte, den als Mitfahrer C. R. Mann begleitete, traf erst heute früh beim königlich sächsischen Verein für Luftschiffahrt folgende Landungsmeldung ein: „Ballon „Niederschlesien" Montag abend 6 Uhr bei Kostet, Arendal in Norwegen sehr glatt gelandet. Berliner." Hans Berliner ist damit unbestrittener Sieger der Ausscheidungsfahrt und wird Deutschland für den Berliner Verein im Bennettrennen 1913 vertreten. Ueber die zwei weiteren Sieger müssen genaue Messungen entscheiden. Die

vom Ballon „Rieberschlesien" zurückgelegte Distanz beträgt 900 Kilometer, von denen 550 Kilometer über Ostsee und Kattegat zurückgelegt wurden.

Lokales

Sommer im April.

Anhaltende Hitze.

Da dem April nachgesagt wird, daß er immer tut, was er will, so wird man nicht erstaunt sein dürfen, wenn er uns plötzlich sommerliche Temperaturen beschert. Die Leute stöhnen und jammern, und nur die ganz Vorsichtigen erheben die warnende Stimme: „Es kann noch heißer kommen!"

Vorläufig sind wir gedeckt. Es ist keine Luft, im April mit Julienpfindungen zu leben. Die Witterung stellt etwas Anormales dar, und wie uns im Berliner Wetterbureau mitgeteilt wird, ist seit dem April des Jahres 1848 keine ähnliche Temperatur um diese Jahreszeit zu verzeichnen gewesen. Heute wurden um 12 Uhr mittag 27 Grad Celsius gezählt — gegen 26 Grad am gestrigen Tage. Den Hoffenden sei gleich mitgeteilt, daß keine Aussicht besteht, durch Niederschläge erfrischt zu werden. Das Witterungsbild läßt darauf schließen, daß uns noch eine sehr heiße, windstille Tage beschert bleiben, ehe auf eine Veränderung zu hoffen ist.

Allerdings gestattet die jetzige Temperatur keinen Rückschluß auf die Sommerzeit. Wiederholt folgte auf warmes Frühjahrswetter ein kühler Sommer, während umgekehrt auf ein kühles Frühjahr ein warmer Sommer folgen kann.

Die Kombinationen, die in diesen hundstagsähnlichen Zeiten nur zu leicht entstehen, dürfen sich also nicht auf langfristige Termine erstrecken.

Erklärungen für die überraschende Temperatur gibt es zur Genüge; das Wetterbureau wartet mit den verschiedensten Begründungen auf. Aber die schönste Motivierung bringt keine Kühlung. So bleibt — bei allem Respekt vor den Wettermachern — nur die Hoffnung, daß die Prognosen sich möglichst bald als irrig erweisen.

Eine stürmische Wählerversammlung.

Eine öffentliche Versammlung, die sich zu einem großen Skandal ausgestaltete, fand gestern abend im Deutschen Wirtshause zu Neukölln statt. Pastor Lange aus Schöneberg, der bisher von der öffentlichen Meinung als „Kandidat der Konservativen" bezeichnet wurde, stellte sich den Wählern vor, um diese darüber zu belehren, daß er nicht als „konservativer" Kandidat sich um ein Mandat zum Abgeordnetenhause bewerbe, sondern als Kandidat der rechtsstehenden Parteien. So war denn auch die Einladung zu dieser Versammlung von der Gesamtheit der Rechtsstehenden ergangen. Ihre Anhängerschaft hatte man wohl von vornherein als gering eingeschätzt, denn man hatte, während für sonstige politische Versammlungen die in Neukölln vorhandenen großen Säle sich gewöhnlich als zu klein erweisen, sich mit dem sogenannten kleinen Saale des Deutschen Wirtshauses begnügt, der für nur 200 Personen Raum bietet. Aber selbst dieser kleine Saal erwies sich für die Gesamtheit der Rechtsstehenden als noch viel zu groß: es waren im ganzen — einschließlich des Versammlungsleiters und der beiden Referenten — einundsechzig Personen erschienen, und von diesen gehörte reichlich die Hälfte zur Fortschrittlichen Volkspartei und zur Sozialdemokratie. Ein Herr Döring aus Berlin, der sich als „konservativer Agitator" bezeichnete, sprach über „die Arbeiten und Aufgaben des Landtages". Seine Ausführungen lassen sich samt und sonders in die wenigen Worte zusammenfassen: „Wenn die konservative Partei nicht da wäre, sähe es um Preußen sehr traurig aus." Die Konservativen kämpfen angeblich mit aller Energie um das Wohl des gesamten Volkes (!); ohne die Konservativen wäre das große Werk der Beamtenbesoldungsreform, das den Unterbeamten eine Gehaltserhöhung von 20 Prozent gebracht, nicht zustande gekommen (!). Die Konservativen erwiesen sich überall als wahre Volksfreunde (!). „Wo sie herrschen, blühen die Existenzen auf und nehmen rapide zu — wo aber die Liberalen das Heft in der Hand haben, da werden die Interessen des Volkes zu Boden getrampelt." Deshalb müsse an dem jetzigen Wahlsystem unbedingt festgehalten werden. Seine Beseitigung wäre ein Unglück für die ganze preußische Nation. In diesem Stil ging's weiter. Pastor Lange sprach hierauf über „Weltanschauungen im kommenden Wahlkampfe". Er erklärte sich grundsätzlich einverstanden mit den Ausführungen des konservativen Agitators; als „guter Preuße" habe er es für seine Pflicht gehalten, die ihm angetragene Kandidatur im Wahlkreise Neukölln-Schöneberg anzunehmen, unbekümmert um deren Erfolg; wer nur arbeite, um Erfolg zu erzielen, der stecke sich ein kleines Ziel, die Hauptsache sei, daß jeder seiner Pflicht genüge. Der König von Preußen sei ein König von Gottes, nicht von Volkes Gnaden, er müsse in allererster Linie seinem obersten Richter verantwortlich sein. Der Redner forderte gemeinsames Vorgehen aller christlich-sozialen Staatsbürger gegen die zerstörenden Elemente im Volk; es gelte in den Wahlkampf einzutreten mit dem alten, bewährten Grundsatz: „Mit Gott für König und Vaterland!"

Die Diskussionsredner bereiteten den beiden Referenten eine zum Teil recht gründliche Abfuhr, namentlich deshalb, weil beide ein starres Festhalten an dem gegenwärtigen Wahlsystem forderten. Die Abänderung des Wahlrechts wäre allerdings ein großer Schaden, aber nur für die rechtsstehenden Parteien. Die Religion gehöre überhaupt nicht in die Politik; man solle, wie schon Friedrich der Große verlangt habe, jeden nach seiner Façon selig werden lassen.

Als im Laufe der Diskussion ein christlich-sozialer Arbeiter in leidenschaftlicher Weise dem Liberalismus zu Leibe ging, entstand durch einen entsprechenden Zwischenruf ein solcher Tumult, daß nur mit allergrößter Mühe eine allgemeine Rauferei verhütet wurde. Die Diskussion wurde geschlossen, gleichzeitig aber auch die Versammlung, ohne daß einer der Referenten noch zu einem Schlußwort gelangte.

Das Kind im Müllkasten.

Durch einen Zufall ist heute vormittag ein neugeborenes Kind, das von seiner Mutter in einen Müllkasten geworfen worden war, vom Tode des Erstickens gerettet worden. Im Hause Brandelstraße 25 in Moabit befindet sich ein großer Hof, der auch zum Nachbargrundstück hinübergeht. Heute vormittag gegen 9¼ Uhr kam einer der Berliner „Naturforscher" auf den Hof und entfernte von dem Müllkasten die oberste Schicht Asche. Als er schon einen Teil Asche weggenommen hatte, fand er ein Paket. Als Umhüllung diente eine große Futtüte von der Firma Meyer u. Co. in der Wilsnacker Straße 51. Der Mann öffnete die Tüte und fand ein neugeborenes, aber noch lebendes Kind darin. Dieser Vorgang war von einer Krankenschwester, die in ihrer Wohnung zum Fenster hinausfah, beobachtet worden. Sie eilte sofort auf den Hof und nahm das Kind in Behandlung, klopfte, schüttelte und massierte es und brachte den Knaben, der bereits das Bewußtsein verloren hatte, auf diese Weise wieder zur Besinnung. Dann wurde die Polizei benachrichtigt, die bald die nötigen Ermittelungen nach der Mutter einleitete. Der Verdacht, den versuchten Kindesmord verübt zu haben, fällt auf eine in der Nachbarschaft wohnende Fabrikarbeiterin, die bis heute mittag noch nicht ermittelt werden konnte. Nach den ärztlichen Feststellungen hat das Kind bereits seit gestern abend im Müllkasten gelegen, und es ist als ein Wunder zu betrachten, daß es nicht erstickt oder durch die heiße Asche, die auf ihm gelegen hat, verbrannt worden ist. Es wurde vorläufig von einer im selben Hause wohnenden Schuhmacherfamilie in Pflege genommen.

Eine Greisin verbrannt. Auf furchtbare Weise ist in der vergangenen Nacht die 85 Jahre alte Almosenempfängerin Karoline Kaffat, geborene Christin, aus der Posener Straße 11, umgekommen. Frau Kaffat, deren Mann vor 34 Jahren starb, wohnte seit vier Monaten in einer kleinen Stube im ersten Stock des Quergebäudes. Die Greisin, die nachts schlecht schlafen konnte, pflegte sich, wenn sie erwachte, auf einem Spirituskocher Kaffee zu bereiten. In der vergangenen Nacht gegen 3 Uhr stand sie wieder auf, um sich Kaffee zu wärmen. Beim Füllen des Kochers, der auf einem Stuhl neben dem Ofen stand, explodierte die Flasche, und das Feuer ergriff das Hemd der alten Frau. Der Rauch, der dadurch entstand, zog zu dem offenstehenden Fenster hinaus und wurde von einem Meter, der über ihr wohnt, sofort wahrgenommen. Dieser blickte daraufhin zum Fenster hinaus und sah nun den hellen Lichtschein in dem Zimmer der Greisin. Mit einem Nachbar eilte er sofort hinunter, schlug die Füllung der verschlossenen Tür ein und löschte die Flammen, die inzwischen auch schon den Fußboden und den Stuhl erfaßt hatten. Die Greisin hatte aber schon so schwere Brandwunden erlitten, daß keine Rettung mehr möglich war. Als ein Arzt eintraf, konnte dieser nur noch den Tod der Frau feststellen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und dem Schauhause überwiesen.

Ein Kind aus dem zweiten Stockwerk gestürzt. In Oberschöneweide ist ein Kind aus dem zweiten Stockwerk auf die Straße gestürzt, ohne sich eine Verletzung zugezogen zu haben. Der anderthalbjährige Sohn des in der Schloßparkstraße wohnenden Arbeiters B. hatte in Gegenwart einer älteren Schwester auf dem Balkon gespielt. Die Schwester mußte sich für kurze Zeit entfernen, und inzwischen kletterte der Knabe auf die Lehne eines Stuhles und beugte sich über die Balkonbrüstung. Dabei verlor er das Gleichgewicht und stürzte kopfüber aus der Höhe des zweiten Stockwerks auf die Straße hinab. Er erhob sich sogleich wieder, ohne einen Laut des Schmerzes von sich zu geben. Ein Arzt stellte fest, daß das Kind vollständig unverletzt war.

Die Verschandelung des Dahlemer Friedhofes. Das entzückende Friedhofsidyll an der alten Dahlemer Dorfkirche geht jetzt seiner endgültigen Zerstörung entgegen. Hinter dem gotischen Kirchlein, vor dem hübschen Pfarrhause, das Heinrich Straumer erbaut hat, liegt der kleine Friedhof unter seinen Bäumen bisher wie eine recht trauliche Heimstätte da. Kein Wunder, daß sich ein kindhafter Mensch wie der alte Knaus diesen kleinen Friedhof zu seiner letzten Ruhestätte aussuchte, und allen Teilnehmern wird der Dezemberabend unvergeßlich sein, wo man hier beim dünnen Gebimmel der alten Kirchenglocke und beim Schweln der Fackeln den Meister zu Grabe trug. Nach dem Entwurfe, den sein Sohn zeichnete, hat man ihm einen schlichten Grabstein gesetzt, so niedrig, wie alle die Kreuze ringsum, eine Steinwand mit zwei ruhig spielenden Kinderchen. So war es bisher. Wer aber jetzt auf den Friedhof kommt, sieht, daß das neue Berlin mit gewohnter Großmaschigkeit hier seinen Einzug hält. In der Ecke wird ein für diese Umgebung mächtiger Tempel aufgerichtet, mit roten Säulen und hohem Dache, der die ganze Umgebung herunterdrückt, in das schlichte Bild einen ganz falschen und unechten Ton bringt. Es ist das Grab für Kommerzienrat Leichner, das nach den Entwürfen des durch seine Kriegerdenkmäler bekannten Bildhauers Artur Schulz errichtet wird. Wie wir hören, haben die Behörden, die hier etwas zu sagen haben, mit allen Mitteln versucht, dies Unheil von dem Friedhof abzuwenden. Aber es war vergeblich. War der Provinzialkonservator der Mark nicht mobil zu machen?

Der Zusammenbruch der Niederdeutschen Bank.

(Telegraphischer Bericht.)

Dortmund, 29. April.

In der heutigen Sitzung wird die Vernehmung des Angeklagten Ohm fortgesetzt. — Vors.: Ich möchte darüber Aufklärung haben, mit welchem Kapital Sie an der Bank beteiligt waren. — Angekl.: Mit 50 000 Mark. — Vors.: Nun ist das Kapital der Bank ständig erhöht worden, und Sie hätten eigentlich als persönlich-haftender Gesellschafter neues Vermögen hineinstecken müssen. — Angekl.: Nein, das ist nicht geschehen. — Vors.: Welches Gehalt haben Sie zunächst bezogen? — Angekl.: Ich weiß es nicht genau. — Vors.: Sie haben zunächst 6000 Mark bezogen, das können Sie wohl zugeben. — Angekl.: Die Summe wird schon stimmen, später habe ich aber 50 000 Mark bezogen. — Vors.: Dazu kamen dann noch die vertragsmäßig vereinbarten Gewinnanteile. — Angekl.: Ja, diese Tantiemen betrugen zuletzt 100 000 Mark im Jahr. — Vors.: So daß Sie ein Gesamteinkommen von 150 000 Mark pro Jahr hatten. Haben Sie nun aus diesem geradezu fürstlichen Einkommen nicht Ersparnisse gemacht? — Angekl.: Nein, ich habe im Interesse der Bank stark repräsentieren müssen, und deshalb ist es mir nicht möglich gewesen, irgendwelche Ersparnisse zu machen. — Vors.: Geben Sie uns nun weitere Aufklärung über Ihre Beziehungen zu den Mitangeklagten. — Angekl. Ohm: Der Angeklagte Laue war mit mir persönlich haftender Gesellschafter. — Vors.: Hatten Sie mit Herrn Laue einen besonderen Vertrag über seine rechtlichen Beziehungen abgeschlossen? — Angekl.: Nein, Laue leitete die Filiale in Münster selbständig. — Vors.: Glaubten Sie denn, das alleinige Bestimmungsrecht über das gesamte Unternehmen zu haben? — Wie war das Verhältnis bei etwa ausbrechenden Differenzen? Hatte Laue wesentlichen Einfluß auf den Gang der Geschäfte? — Angekl.: Ganz zweifellos. — Vors: Hat der Aufsichtsrat nach Ihrer Ansicht seine Pflicht erfüllt? — Angekl.: Ich habe keine Veranlassung, dem Aufsichtsrat irgendeinen Vorwurf zu machen. — Vors.: Aber die Anklage ist dieser Meinung. Wie stellen Sie sich dazu? — Angekl.: Ich muß bestreiten, daß die Ausführungen der Anklageschrift zutreffen. — Vors.: Wie war denn Ihr Prinzip hinsichtlich der Aufklärung des Aufsichtsrats? — Angekl.: Mein Prinzip dem Aufsichtsrat gegenüber war unbedingt feste Wahrheit und Klarheit. — Vors.: Wenn nun also etwas nicht in Ordnung gewesen ist, dann trifft nach Ihrer Meinung den Aufsichtsrat die volle Verantwortung? — Angekl.: Ich bin der Meinung, daß alles in bester Ordnung gewesen ist.

Der mißglückte Putsch in Lissabon.

(Telegraphische Berichte.)

Lissabon, 29. April.

Den Blättern zufolge hatten die Anstifter der Bewegung gegen die Regierung die Liste eines neuen Ministeriums vorbereitet, dessen Vorsitz Magalhaeslima übernehmen sollte. Es wurden neue Verhaftungen vorgenommen, so die des Advokaten Lomelinafreitas, auch wurden heute weitere Haftbefehle erlassen. Die Polizei hat neue Haussuchungen vorgenommen und wiederum Bomben beschlagnahmt.

Lissabon, 29. April.

In der Abgeordnetenkammer hat der Ministerpräsident folgende Erklärung abgegeben: Die Regierung hat alle Anstifter der Bewegung und ihre Pläne gekannt. Sie hätte einschreiten können, bevor irgendeine Handlung zur Ausführung gekommen war, aber sie hat es nicht getan, damit jedermann die verbrecherischen, dem Vaterland und der Republik feindlichen Absichten klar sehen könnte. Die Regierung hatte gehofft, daß die Agitatoren eine angreifende Haltung einnehmen würden, die energische Maßnahmen gerechtfertigt hätten, aber sie haben sich vollständig feige gezeigt. Alle militärischen und polizeilichen Organe haben in patriotischer Weise mit der Regierung zusammengearbeitet. Die Regierung hat den Herd der Bewegung erstickt und angeordnet, das Prozeßverfahren zu eröffnen. — Die Kammer nahm darauf einstimmig eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird. Auch der Senat hat die Regierungserklärung angenommen.

Neue Bombenwürfe.

Lissabon, 29. April.

In der verflossenen Nacht wurden vor der Kaserne des 13. Infanterieregiments zwei Bomben geschleudert, die Materialschaden anrichteten. Dreizehn Arbeiter, die Soldaten für die Bewegung zu gewinnen suchten, sind verhaftet worden.

Letzte Nachrichten

Erdbeben in Nordamerika. Im westlichen Quebec am östlichen Ontario wurde gestern einem Telegramm aus Ottawa zufolge ein Erdbeben beobachtet. Die Erderschütterung wurde auch in Montreal verspürt. Das Teleskop in der Kuppel des Observatoriums in Ottawa wurde zerstört. Das Observatorium selbst ist unbeschädigt.

Wien, 29. April. Das Militärverordnungsblatt veröffentlicht die Ernennung des Kommandanten der Marine **Bizeadmirals Haus** zum Admiral und des Militärattachés bei der österreichisch-ungarischen Botschaft in Berlin, Majors Freiherrn v. Bienerth, zum Oberstleutnant.

Der Verkehr auf dem Ozean.

Bremen, 29. April.

Norddeutscher Lloyd. Barcelona Montag 3 Uhr nachmittags von Bremerhaven abgeg. Westfalen Montag 1 Uhr nachmittags Cuxhaven passiert. Rhein Montag 3 Uhr nachmittags in Baltimore angek. Bord Montag 4 Uhr nachmittags in Neapel angek. Kaiser Wilhelm der Große Montag 10 Uhr abends von Cherbourg abgeg. Gneisenau Montag 6 Uhr morgens von Suez abgeg. Kronprinzessin Cecilie Dienstag 6 Uhr morgens in Bremerhaven angek. Prinzregent Luitpold Montag 4 Uhr nachmittags von Beirut abgeg.

Rotterdam, 29. April.

Holland-Amerika-Linie. Amsterdam, von Rotterdam nach New-York, gestern nachm. in New-York angek.

Witterungsbeobachtungen in Berlin. 29. April 1913.

April	Luftdruck in 55 m Seehöhe (mm)	Temp. Cels.	Windrichtung und Stärke	Bewölkung 0–10	Luftfeuchtigkeit in %
28. 9 Uhr abends	757,0	+ 23,2	SO 3	0	35
29. 7 Uhr morgens	760,2	+ 17,1	SSO 2	3	64
29. 2 Uhr nachm.	759 I	26,4	NNO 3	4	35

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Vorwiegend heiter und sehr warm bei meist schwachen südöstlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Verantwortlich für den politischen Teil und das Feuilleton: Georg Siegerist in Zehlendorf (Wannseebahn); für Lokales, Gerichtszeitung, Kleine Chronik und den übrigen redaktionellen Teil des Blattes: Heinrich Heppenheimer in Berlin.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Handelsteil

Berliner Effektenbörse: schwach.

Die Börse verhielt sich im allgemeinen sehr zurückhaltend angesichts der andauernden Unsicherheit in politischer Beziehung. Auf den Hauptmärkten, speziell dem Montan- und Elektrizitätsgebiete, überwog Angebot. Es wurden namentlich von schwächeren Händen Abgaben vorgenommen. Rheinisch-westfälische Montanwerte litten zum Teil unter den wenig befriedigenden Berichten, insbesondere vom belgischen Eisenmarkt. Von Schiffahrtsaktien waren nur die Aktien der Paketfahrt behauptet, alle übrigen Schiffahrtswerte schwächer. Bankaktien gaben bis ½ pCt. nach. Von Elektrizitätswerten lagen speziell die Aktien der Siemens u. Halske-Gesellschaft schwach.

Gummiwarenfabrik Vogt u. Winde Akt.-Ges. in Liquidation. Der heutigen Generalversammlung lag der Geschäftsbericht für das Jahr 1912 vor, in dem ausgeführt wird, dass am 2. Januar 1912 von der Firma Gebr. Israel, die die Grundstücke Kottbuser Strasse 9 und Britzer Strasse 27/30 gekauft hatte, die vereinbarte Anzahlung von 136 000 M. geleistet wurde, wodurch man in der Lage war, den Aktionären eine zweite Rückzahlung von 12 pCt. gleich 120 M. zu gewähren. Die ausserordentliche Generalversammlung vom 9. November 1912 beschloss, die verbliebene Resthypothek für 400 000 M. zu verkaufen. Die Zahlung sollte mit 200 000 M am 15. Dezember 1912 und mit 200 000 M. am 15. Juli 1913 erfolgen. Aus den am 15. Dezember 1912 gezahlten 200 000 M. wurde eine dritte Rückzahlung mit 20 pCt. gleich 200 M. auf jede Aktie geleistet. Die Bilanz wurde durch Akklamation genehmigt.

Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken. Das Ergebnis für das verflossene Geschäftsjahr ist laut Geschäftsbericht als recht günstig zu bezeichnen. Der Umsatz stieg von 19 728 000 Mark im Vorjahre auf 25 787 000 M. und stammt im wesentlichen aus Lieferungen rauchlosen Pulvers. Nach 2870 (2401) M. Abschreibungen auf zweifelhafte Forderungen und nach 1 661 947 (1 232 991) M. sonstigen Abschreibungen verbleibt einschliesslich Vortrag aus dem Vorjahr ein Ueberschuss von 4 461 732 (4 079 662) M., aus dem eine Dividende von 20 pCt. gegen 18 pCt. i. V. ausgeschüttet und 794 039 (777 915) M. vorgetragen werden sollen.

Produktenbörse: abgeschwächt.

Die Preise erfuhren heute einen Rückgang angesichts der grossen bevorstehenden Andienungen.

Am Frühmarkt wurden notiert: Weizen loco inländischer 204–210 ab Bahn und frei Mühle, Mai 213,25–213. Roggen loco inländischer 163–164 ab Bahn und frei Mühle, Mai 167 bis 166,75. Hafer, märkischer, mecklenburgischer, pommerscher, preussischer, posenscher u. schles. feiner 183,00–198,00, mittel 170 bis 179,00 ab Bahn und frei Wagen. Mais amerikanischer mixed 152–154, runder 156–158 frei Wagen. Gerste inländ. Futtergerste mittel u. gering 150,00–158,00, gute 159,00–167,00, russische u. Donau leichte —,—, ab Bahn und frei Wagen. Erbsen inländ. und ausländ. Futterware mittel 168–180, feine und Taubenerbsen 181–200, schwere —,— ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 24,25–28,50. Roggenmehl 0 u. 1 20,50–22,80. Weizenkleie 10,90–11,40. Roggenkleie 10,90–11,40 M.

An der Mittagsbörse wurden notiert: Weizen inländischer 206–210, abfallender 190–200 ab Bahn. Mai 212,50–212,75–212,50. Juli 218,50–218,25. September 208,25–207,75. Roggen inländischer 164 ab Bahn. Mai 166–166,50–166,25. Juli 172,25–172–173–172,75. September 170,50–170,25–170,75–170,50. Hafer inländ. feiner 175–185, mittel 165–174 ab Bahn und Kahn. Mai 169,25–167,25–167,50. Juli 176,25 bis 176,50–174,50. September 168,50–168. Mais amerikanischer mixed 149 bis 151,50, runder 155–157 ab Kahn. Mai 148. Weizenmehl 00 24,50–28,75. Roggenmehl 0 und 1 20,50–22,80. Mai 21,10. Juli 21,50. Rüböl Mai 66,4 M. Geld.

Preise um 2½ Uhr. (Nichtamtlich.) Weizen Mai 212,25. Juli 218,00. Septbr. 207,75. Roggen Mai 166,00. Juli 172,75. September 170,50. Hafer Mai 167,50. Juli 177,25. September 167,75. Mais Mai 149,00. Mehl Mai 21,05. Juli 21,45. Sept. 21,20. Rüböl Mai 66,5. Okt. 66,4 M. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl April-Mai 27,50 M. feuchte Stärke — M.

Magdeburg, 29. April. Zuckerbericht. Kornzucker 88 Grad ohne Sack 9,60–9,67½. Nachprod. 75 Grad o. Sack 7,70–7,80. Stimmung: Ruhig, stetig. Brodraffin. 1 ohne Fass 19,75–19,87½. Kristallzucker I. mit Sack —. Gemahl. Raffinade m. S. 19,50–19,62½. Gemahl. Melis I. mit Sack 19,00–19,12½. Stimmung: Ruhig. Rohzucker Transit 1. Produkt bei Bord Hamburg per April 9,82½ Gd., 9,87½ Br., per Mai 9,85 Gd., 9,90 Br., per Juni 9,92½ Gd., 9,97½ Br., per August 10,15 Gd. 10,17½ Br., per Oktober-Dezember 10,12½ G., 10,15 Br., per Januar-März 10,27½ Gd., 10,30 Br. Stetig.

Hamburg, 29. April. vormittags 2 Uhr 10 Minuten. Kaffee good average Santos per Mai 57,00 Gd., per September 58,00 Gd., per Dezember 57,75 Gd., per März 57,75 Gd. Willig.

Bremen, 29. April. Amerikanische Middling loko still. 61,75.

Metalle. London, 28. April. Standardkupfer ruhig. 67½ Pfd. Sterl., per 3 Monate 67⅞ Pfd. Sterl. — Kupfer. Best selected 73½–74½ Pfd. Sterl., do. Electrolytic 71½ Pfd. Sterl. — Zinn träge, Straits 227½ Pfd. Sterl., per 3 Monate 221½ Pfd. Sterl. — Blei k. ruhig, span. 17½ Pfd. Sterl., do. engl. 18½ Pfd. Sterl. — Zink ruhig, gewöhnliche Marken 25½–25½ Pfd. Sterl., do. spez. Marken 25⅞–26½ Pfd. Sterl. Aluminium 88–90.

Berliner Börse, 29. April 1913

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q₁ quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	q₂ do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q₃ do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuß 7%, Privatdiskont 4⅝%.

Nachdr. verb.

Stsch. Fds. u. Staats-Pap.			
Dt.Rchs.-Sch.	a	4	99.25bG
do. 1.4.15	d	4	99.00bG
do. 1.5.16	a	4	99.00G
Dt.Rchs.-Anl.	v	4	99.40bG
do. do.	v	3½	86.50bG
do. do.	v	3	76.30bG
Dt. Schatzg.	a	4	97.40G
Pr.St.Schatz	d	4	99.80bG
do. 1.5.16	a	4	99.00bG